



# Brief aus Berlin



[www.brigitte-zypries.de](http://www.brigitte-zypries.de)



direkt gewählt - direkt erreichbar

22. September 2015

Liebe Leserin, lieber Leser,

eine neue Sitzungswoche in Berlin hat begonnen. Die **Flüchtlingskrise bleibt natürlich DAS Thema im Parlament**. Zum Beispiel wird am Freitag ein Gesetzentwurf eingebracht, mit dem sichergestellt werden soll, dass unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge besser betreut und versorgt werden. Außerdem diskutieren wir einen Antrag der Grünen zur Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge. Die vielen Sorgen und Nöte der Kommunen bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise wurden letzte Woche bei einer Konferenz mit Landräten und Bürgermeistern aus ganz Deutschland hier im Bundestag deutlich. Mehr dazu auf den folgenden Seiten.

Am Donnerstag gibt es eine **Regierungserklärung der Bundeskanzlerin** zu den Ergebnissen des Treffens der EU Staats- und Regierungschefs in Brüssel am Vortag und zum Gipfel der Vereinten Nationen zu nachhaltiger Entwicklung vom 25.-27. September in New York, auf dem neue Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele verabschiedet werden.

**Gestern gab es gute Nachrichten für Darmstadt aus dem Wirtschaftsministerium:** Darmstadt bekommt ein „**Mittelstand 4.0-Kompetenzzentrum**“. Das Zentrum soll Anlaufstelle für kleinere und mittlere Unternehmen bei Fragen rund um die digitale Technologie und Industrie 4.0 werden. Dass Darmstadt einer von fünf bundesweiten Standorten für Mittelstand digital wird, ist eine tolle Nachricht für die Region und zeigt, dass die Stadt bei allen Fragen der Digitalisierung ganz weit vorne ist!

Letzte Woche hatte auch ich übrigens ein kleines bisschen ´was zu Feiern: **10 Jahre für Darmstadt und den Landkreis im Bundestag!** Den schönen Hefekranz vom Büro sehen Sie auf der nächsten Seite.

Ich wünsche Euch und Ihnen eine schöne Woche!

## +++ Veranstaltungstipp+++

### Arbeitsgemeinschaft SelbstAktiv

Die SPD lädt zur **Gründungsversammlung einer Arbeitsgemeinschaft SelbstAktiv** ein. Diese Arbeitsgemeinschaft setzt sich für die Rechte von Menschen mit Behinderung ein. Die AGSelbstAktiv will **Ideen für die Beteiligung behinderter Menschen an der gesellschaftlichen Entwicklung** beitragen, damit behinderte und nichtbehinderte Menschen gleichberechtigt nebeneinander stehen.

Die Gründungsversammlung, zu der alle Interessierten – mit oder ohne Behinderung – eingeladen sind, findet statt am

**Freitag, den 25.9. um 15 Uhr** in den „Zwischenräumen“ in der Adelongstraße 53 in Darmstadt. (Der Eingang erfolgt über die Landgraf-Phillips-Anlage auf der Rückseite des Gebäudes.)



### Neue Millenniumsentwicklungsziele

Vor 15 Jahren trafen sich Vertreter der Vereinten Nationen, der Weltbank, des IWF und des Entwicklungsausschusses, um Weltziele für das kommende Millennium zu beschließen. Insgesamt gab es 8 Weltziele, die bereits im Jahr 2015 erreicht werden sollten.

Jetzt ist es soweit und am Freitag wird eine Bilanz über die Umsetzung der im Jahr 2000 beschlossenen Ziele gezogen. Beim Gipfel der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung vom 25. bis 27. September in New York soll die Post-2015-Agenda mit den neuen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitszielen offiziell verabschiedet werden.

Armutsminderung ist ein übergeordnetes Ziel der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Weltweit gehört Deutschland zu den größten Gebern im Bildungsbereich und in der Bekämpfung von HIV und Aids. Auch die Themen Ernährungssicherung, Müttergesundheit und der Schutz der biologischen Vielfalt und des Waldbestandes sind Schwerpunktthemen der Arbeit.

### Für gleichwertige Lebensverhältnisse – Bundespolitik für die Kommunen

Die Kommunen organisieren viele Bereiche unseres alltäglichen Lebens. Sie sorgen für Schulen und Kinderbetreuungsangebote, für intakte Straßen, Müllabfuhr, Kultureinrichtungen, Krankenhäuser, Friedhöfe, öffentliche Bäder und vieles mehr. **Die kommunale Selbstverwaltung ist in Deutschland in der Verfassung garantiert. Der Bund allerdings hat laut Grundgesetz die Aufgabe, für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland zu sorgen.** Das bedeutet nicht, dass es überall gleich aussehen soll, sondern damit ist gemeint, dass die Menschen, egal wo sie wohnen, gleiche Chancen haben müssen und die Versorgung mit öffentlicher Infrastruktur das gleiche Niveau haben soll.

Es geht nicht allen Kommunen in Deutschland schlecht, aber die Schere öffnet sich immer weiter. **Wo es wenig Schulden gibt, wird die Region attraktiver. Strukturschwache Gemeinden allerdings sinken immer weiter nach unten,** denn schlechte Wirtschaftslage bedingt hohe Arbeitslosigkeit und damit wenig Steuereinnahmen aber hohe Sozialausgaben. Es ist dann weniger Geld übrig für Investitionen in Infrastruktur und die Attraktivität des Standortes nimmt weiter ab, das hält die Abwärtsspirale in Gang.

**Wenn man sich die Finanzhaushalte von Bund, Ländern und Kommunen ansieht, stellt man fest, dass die Kommunen ein Viertel der Ausgaben tätigen, während sie nur mit 14% an den Steuereinnahmen beteiligt sind.** Schon im Koalitionsvertrag hat die Bundesregierung deshalb Maßnahmen festgelegt, die die Kommunen finanziell entlasten. Geld vom Bund fließt allerdings grundsätzlich über die Länder an die Kommunen.

**Der Bund engagiert sich aktuell außergewöhnlich stark für die Kommunen.** Beispiele sind die Kostenübernahme für die Grundsicherung im Alter, der Ausbau der Kindertagesbetreuung, Investitionen in kommunale Infrastruktur, Klimaschutz und Stadtentwicklung, die Übernahme des BAföG, der Ausbau der Breitbandversorgung, die Denkmalschutzprogramme und Mittel zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen.

**Jetzt kommt es entscheidend darauf an, dass die finanziellen Leistungen des Bundes auch zusätzlich und ungekürzt in den Kommunen ankommen und nicht in Landeshaushalten untergehen.**

**Am Donnerstagmittag diskutiert das Parlament intensiv über die verschiedenen Maßnahmen zur Stärkung der Kommunen.** Auch schon in der letzten Woche waren die Sorgen und Nöte der Kommunen hier in Berlin im Mittelpunkt:



### Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter gerne abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an [brigitte.zypries@bundestag.de](mailto:brigitte.zypries@bundestag.de).

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin*

*Bilder:  
Daniel Becker*

Die SPD-Fraktion hatte **300 Bürgermeisterinnen und Landräte ins Reichstagsgebäude zum Gespräch eingeladen**. Es wurde sehr eindrucksvoll geschildert, wie es vor Ort in den Städten und Gemeinden aussieht, mit welchen Problemen sie konfrontiert sind, was lösbar ist, was die Kommunen überfordert und was sie brauchen. Diese „Lernstunden“ waren gut für uns Abgeordnete – denn **es sind die Kommunen, die die meisten Aufgaben der Flüchtlingspolitik bewältigen müssen**. Sie könnten das nicht ohne den engagierten Einsatz all der ehrenamtlichen Helfer überall im Land. **Ein herzliches Dankeschön an alle Ehrenamtlichen bei uns in Darmstadt und im Landkreis, die mit Ihrer Zeit, ihren Spenden und ihren Ideen so viel Hilfe leisten!**

Im Internet gibt es die [Livestream-Aufzeichnung](#) der Kommunalkonferenz zur Flüchtlingspolitik und den Beschluss, der bei der Konferenz gefasst wurde, die [„Berliner Erklärung zur Flüchtlingspolitik“](#).

### Erste Lesung des Pflegestärkungsgesetzes

Am Freitag beginnt der Sitzungstag mit der ersten Lesung des geplanten zweiten Pflegestärkungsgesetzes. Das Gesetz ist der zweite Teil der großen Pflegereform, den ersten Teil hat der Bundestag bereits letztes Jahr verabschiedet.

Der wesentliche Punkt des Gesetzes, das nun eingebracht wird, ist die Einführung **eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs**. Der bisherige steht unter anderem deswegen in der Kritik, weil er Menschen mit kognitiven und psychischen Beeinträchtigungen nicht so stark berücksichtigt, wie Menschen mit körperlichen Beschwerden. Das soll verbessert werden und **die Einteilung in Pflegestufen soll differenzierter werden, künftig wird es zum Beispiel fünf Pflegestufen geben und nicht mehr, wie bisher, nur drei**. Natürlich wird auch die Begutachtung umgestellt und die Pflegeversicherung soll auf neue, den pflegewissenschaftlichen Anforderungen entsprechende fachliche Grundlagen gestellt werden.

**Ich plane übrigens für den 21. November eine Veranstaltung zur Pflege im Wahlkreis**, bei der wir auch über diese geplanten Änderungen sprechen werden – wenn Ort, Zeit und das genaue Programm feststellen, werde ich Sie und Euch natürlich informieren!